

Dr. Tobias Lindner

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Gitta Connemann, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Bauernkind – das bin ich, das sind mein Vater, mein Bruder und Generationen vor uns. Meine Familie steht für das tägliche Brot, für das Leben in der Natur, für eine Berufung. Bauern denken nicht in Zehnjahresplänen, sondern in Generationen. Sie übernehmen Verantwortung für ihr Land, ernähren die Menschen, und deshalb haben sie Recht auf unser Vertrauen, Recht auf Respekt, Recht auf Achtung ihres Eigentums.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Heute haben sie Existenzangst. Seit 1990 mussten 57 Prozent der Höfe aufgeben – jeder zweite. Sie kapitulierten – vor Niedrigpreisen, teurer Fläche, Bürokratie. Der Rest steht heute auch an der Wand. Der Handel führt einen grausamen Preiskampf. Notfalls kommt die Ware eben aus dem Ausland. Wie dort produziert wird, interessiert kein Schwein. Der Verbraucher erwartet Höchstleistungen für Tiefpreise. Der Grill darf etwas kosten, aber das Fleisch darauf nicht. Medien und Öffentlichkeit sehen in der Landwirtschaft *den* Sündenbock der Nation: Klimakiller, Wasservergifter, Insektentöter.

(B) (Carina Konrad [FDP]: Können wir jetzt über den Haushalt reden? – Zuruf von der AfD)

Jeder verlangt etwas von ihnen, ohne zu wissen, wie es geht. Den Preis zahlen die Bauern, ihre Familien, das Land, am Ende wir alle. Denn was wären wir ohne Höfe?

Aber zur Wahrheit gehört: Sie fühlen sich vom Markt zerrieben, von der Gesellschaft geächtet, von der Politik verlassen. Ja, Politik. Hier müssen endlich alle realisieren: Höfe sind Betriebe. Sie müssen produzieren, was der Markt verlangt, und das ist nicht 100 Prozent Öko.

Bio lässt sich nicht politisch verordnen, liebe Grüne; das ist gerade in Schweden gescheitert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unsere Bauern brauchen keinen staatlichen Vormund, sie brauchen einen fairen Rahmen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Geht's noch platter? – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was habt ihr denn zehn Jahre lang gemacht? Hättet das Problem doch lösen können!)

Lieber Matthias Miersch, du hattest über Dissens gesprochen. An dieser Stelle haben wir einen Dissens mit dem Bundesministerium für Umwelt, wegen seines Aktionsprogramms Insektenschutz. Bislang ist es nur eine Absichtserklärung. Aber die Stoßrichtung von Ministerin Schulze lässt Landwirte gerade verzweifeln, und ich verstehe sie; denn es droht Enteignung durch die Hintertür.

(Zuruf der Abg. Carina Konrad [FDP])

So sollen zum Beispiel artenreiches Grünland und Streuobstwiesen unter Schutz gestellt werden: (C)

(Zuruf der Abg. Carina Konrad [FDP])

raus aus der Bewirtschaftung ohne Entschädigung für die Bauern. Hier ist die Grenze überschritten!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Denn erst dank der Pflege durch Generationen von Landwirten ist diese Vielfalt überhaupt erst entstanden.

Meine Fraktion weiß: Artenschutz geht nur mit Landwirtschaft. Vertragsnaturschutz ist der einzig richtige Weg. Dafür brauchen wir mehr Geld. Das sagt selbst das Bundesamt für Naturschutz. Für meine Fraktion ist darüber hinaus klar: Es darf keinen Eingriff ohne Ausgleich geben!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Noch eines: Insekten sind nicht nur die Bienen, sondern auch die Kirschessigfliege, der Borkenkäfer, der Eichenprozessionsspinner. Sie zerstören Weinberge, Obstplantagen und auch Wälder oder machen krank. Deshalb muss Pflanzenschutz möglich bleiben, auch in FFH-Gebieten – ideologiefrei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Nicole Bauer [FDP]: Dann endlich agieren!)

Ich kenne keinen Bauern, der Natur und Schöpfung mit Füßen tritt. Der öffentliche Eindruck ist aber – manchmal auch gewollt – ein anderer, gerade wenn es um Tierhaltung geht. Ich danke Julia Klöckner. Sie hat Jochen Borchert beauftragt, den Weg für die künftige Nutztierhaltung aufzuzeigen. Tierhalter brauchen Planungssicherheit. Die Gesellschaft muss sich festlegen: Welche Tierhaltung wollen wir in Zukunft, und was sind wir dafür zu zahlen bereit? Wir brauchen diesen Gesellschaftsvertrag, bindend für alle, über Wahlperioden hinweg. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Stephan Protschka [AfD])

Viele kennen Bauer Willi. Gegenwärtig sieht er nur noch zwei Alternativen für die Landwirtschaft: entweder Abwicklung – sozialverträglich wie beim Kohleausstieg – oder Überlebenskampf. Ich bin froh, dass er sich mit anderen dafür entschieden hat, zu kämpfen, mit einem grünen Kreuz, einer Mahnung an uns alle. Diese Rede ist für mich ein grünes Kreuz: Unsere Landwirtschaft hat ihren Wert, sie ist unverzichtbar.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer regiert denn hier?)

Dafür werden wir kämpfen. Dafür gebe ich Ihnen mein Wort als Bauernkind.

(Beifall bei der CDU/CSU – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seit wann regieren Sie eigentlich? – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein schwarz regiertes Agrarministerium seit 2005! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gitta Connemann

- (A) Wie viele Höfe sind eigentlich gestorben, haben zugemacht, seit Sie regieren? Mannomann, auf der Nummer geht es nicht! – Gegenruf des Abg. Albert Stegemann [CDU/CSU]: Unter Ihnen gäbe es gar keine Bauern mehr!

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die AfD-Fraktion hat als Nächste das Wort die Kollegin Dr. Birgit Malsack-Winkemann.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dr. Birgit Malsack-Winkemann (AfD):

Verehrter Präsident! Werte Kollegen! Ein neuer Haushalt Ernährung und Landwirtschaft – alte Probleme. Ausgangssituation ist, dass die Förderung der Landwirtschaft im Wesentlichen durch EU-Agrarsubventionen – circa 58 Milliarden Euro für die EU-Staaten jährlich – erfolgt, fast 40 Prozent des EU-Haushalts.

Dazu kommen seitens des Bundes in 2020 965 Millionen Euro für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, einschließlich 200 Millionen Euro für den Sonderrahmenplan „Förderung der ländlichen Entwicklung“.

- (B) Wer erhält das Geld? Wie nachhaltig ist die deutsche Landwirtschaft? Forscher durchleuchteten für den Bundestag das System und fragten, über welche Daten die Politik verfügt. Das Ergebnis ist niederschmetternd: massive Nachhaltigkeitsdefizite auf allen Ebenen. Die ökologische Nachhaltigkeit habe sich sogar verschlechtert, urteilten Experten, wie in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 12. Juli 2019 zu lesen war. Danach steige der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, die Artenvielfalt nehme ab, die Abhängigkeit von Futterimporten wachse. Intensive Formen der Nutztierhaltung ohne Auslauf nehmen zu, und immer häufiger werden Nutztiere einseitig auf hohe Leistung getrimmt. Eine einzige Katastrophe! Ist das das Ergebnis einer seit über einem Jahrzehnt angeblich so fabelhaft ökologischen Landwirtschaftspolitik der CDU, Frau Klöckner? Und es geht weiter; denn die sozialen und ökonomischen Folgen entsprechen dem ökologischen Desaster. Die Landwirtschaft verzeichnet wie fast alle anderen Schlüsselbranchen Arbeitsplatzverluste in großem Stil. Allein von 2012 bis 2017 sank die Rinderhaltung um 18 Prozent, der Milchkuhbetrieb um 28 Prozent, und die Schweinehaltung hat sich zwischen 2007 und 2016 sogar halbiert. Viele Bauern beklagen finanziellen Druck, und viele wollen umsteuern, doch die Mittel fehlen. Verbraucher in Deutschland wollen gesunde Ökolebensmittel aus der Region, doch Bauern finden kaum Hilfe bei der Umstellung ihrer Höfe auf Biohöfe.

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Oh Gott!)

Deutschland liegt beim Ökolandausbau weit hinter anderen europäischen Ländern. 20 Prozent bis 2030 haben Sie angepeilt. Und wo liegen wir, Frau Ministerin? Zwischen lächerlichen 7 und 9 Prozent. Und was tun Sie, Frau Klöckner? Sie versprechen zwar, dass Sie Umweltbelange in Zahlungen aus Europa berücksichtigen wollen, und behaupten, dass Sie mit der sogenannten Umverteilungsprämie kleinere und mittlere Betriebe fördern, doch in Wahrheit fördern Sie – gerade mit Ihrem System der Um-

verteilungsprämie – Industrielobbyismus und damit weiteres Höfesterben. (C)

(Beifall bei der AfD)

Denn mit der Umverteilungsprämie werden in Deutschland die ersten 46 Hektar eines Betriebes stärker gefördert als die folgenden, und das mit insgesamt sage und schreibe 2 000 Euro jährlich. Mit dieser lächerlichen Summe von 2 000 Euro pro Jahr erhalten Sie nachweislich nicht einen einzigen Arbeitsplatz. Deutschland könnte hier mehr tun. Die EU-Regeln erlauben, bis zu 30 Prozent der Direktzahlungen der EU an kleine Betriebe umzuverteilen. Das fordern wir, die AfD, die einzige Alternative für Deutschland.

(Beifall bei der AfD – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Nicht für die Landwirtschaft!)

Tatsächlich sind es nur 7 Prozent, Frau Ministerin, und das unter Ihrer Verantwortung.

Dazu schützen Sie mit Ihrer Umverteilungsprämie von lächerlichen 2 000 Euro die Großbetriebe Deutschlands. Denn auf der Agrarministerkonferenz Ende März/Anfang April in Brüssel wurde beschlossen, dass jeder Mitgliedstaat, der etwas Geld für die ersten Hektar umverteilt, gerade keine Kappung bei Zahlungen ab 100 000 Euro zu befürchten hat. Sie, Frau Ministerin, wissen ganz genau, dass ein Fünftel der Agrargelder in Deutschland an nur 1 Prozent der Betriebe geht, 80 Prozent der Gelder an nur 20 Prozent. So kassierte Südzucker 2016 Subventionen in Höhe von 1,82 Millionen Euro bei einem Gewinn in den letzten beiden Geschäftsjahren von 300 Millionen Euro. Und Sie, Frau Klöckner, manifestieren dieses gesamte marode System und seinen unerträglichen Bürokratismus mit Ihrer lächerlichen Umverteilungsprämie und lassen sich für diesen handfesten Skandal, der unsere Landwirte ruiniert, sogar noch feiern. (D)

Zugrunde liegt dem allem das Prinzip „Mehr Geld für mehr Fläche“. Es führt dazu, dass europaweit Kleinbauern ihre Höfe aufgeben. Allein zwischen 2005 und 2016 wurden knapp 30 Prozent aller Betriebe mit verfehlter Landwirtschaftspolitik quasi staatlich eliminiert. So geht es nicht weiter, Frau Ministerin. Wie wäre es damit, die Arbeitsplatzanzahl eines Betriebs oder ökologische Tierhaltung und Tierschutz zu honorieren und den dürrebeschädigten Wald unserer Heimat aufzuforsten, anstatt mit für den Sondermüll bestimmten ineffizienten Windrädern den Wald weiter abzuholzen?

(Beifall bei der AfD)

Das fordern wir, die AfD, die einzige Alternative für Deutschland.

Stattdessen fördern Sie in der Art eines nicht mehr zu toppenden Industrielobbyismus Großbetriebe, wenn Sie fordern, dass ein Betrieb pro Hektar Fläche nur zwei Großvieheinheiten halten darf, also 2 Kühe oder 20 Schafe. An der Landwirtschaft verdienen Düngemittel- und Saatguthersteller, die Ernährungsindustrie und vor allem Marketingfirmen in großem Stil, nur nicht unsere deutschen Landwirte.

Unsere Landwirte müssen wegen immer höherer Auflagen täglich um ihr Überleben kämpfen. Aber mit In-